

Berliner Volkszeitung

Der Kabinettswechsel in Spanien.

Die Konföderation an der Regierung.
(Telegraphische Berichte.)

Madrid, 26. Oktober.

Das Kabinet Romanones hat dem König seine Demission eingereicht.

Die Regierung ist den Konföderationen übertragen worden.

Bombenattentat in Madrid.

Madrid, 26. Oktober.

Der „Imparcial“ meldet, daß in der Nacht drei Attentatsbomben explodiert sind, darunter eine nahe dem Ministerium des Innern. Es wurde jedoch niemand verletzt. Der Minister des Innern hat bereits strenge Befehle erlassen im Hinblick auf Unruhen, besonders in Barcelona, Sevilla und Valencia.

Madrid, 26. Oktober.

Der König hatte Maura mit der Bildung des Kabinetts beauftragt. Dieser aber lehnte ab und übertrug dem König ein Exposé, das schriftlich die Gründe anführt, die ihn abhielten, die Bildung des Ministeriums zu übernehmen. Maura riet dem König, den früheren konföderativen Präsidenten der Kammer Dato mit der Kabinettsbildung zu betrauen. Dato nahm an, befehlte sich aber Weisheit bis morgen mittag vor.

Madrid, 26. Oktober.

Um 3 Uhr nachmittags wurde der Führer der Konföderation Maura vom König empfangen. Er wurde von dem König begrüßt und von einer Gruppe umgeben und wieder Maura genannt. Andere Gruppen trugen Maura auf dem Arm, er wurde von der Menge umgeben, wurde verhaftet. Es entspann sich ein heftiges Handgemach, in dessen Verlauf 17 Personen beschwefelt wurden.

Romanones über die politischen Ereignisse.

Paris, 26. Oktober.

Der zurückgetretene spanische Ministerpräsident Graf Romanones richtete über die gestrigen politischen Ereignisse in Madrid an die Agence Havas ein Telegramm, in dem er sagt, die Regierung habe sich, nachdem sie bei dem gestrigen Vertikalenstimm im Senat die Mehrheit der Stimmen in der Minorität gebildet sei, trotz dieser nur geringen Minorität für verpflichtet gehalten, dem König ihr Rücktrittsgesuch zu unterbreiten. Die Spaltung in der liberalen Partei sei allein daran schuld, daß die jetzigen Kammern nicht weiterarbeiten könnten. Obwohl der König inhaft wüsste, daß kein Wechsel in der Politik eintrete, und daß die Kammer bis zum Ablauf ihrer Wahlperiode zusammenbleibe.

Die verhängnisvolle Senatsitzung.

Wie kam es doch?

Madrid, 26. Oktober.

In der gestrigen Senatsitzung waren außer dem Ministerpräsidenten auch die Minister des Innern, des Kultus, des Reichs, des Justiz, des Krieges, des Meeres und des Handels anwesend. Die Sitzung wurde durch den Bericht des Ministers des Innern über die Zusammenkunft des Hauses des Wort. Er sagte:

„Meine Herren Senatoren! Ihre Majestät hat das Schicksal der liberalen Partei in Händen. Ich will hier das Wort nehmen, denn hier ist der Zwischenfall entstanden, der die Befähigung der liberalen Partei in Frage stellt. Romanones erinnert an die Demission des Präsidenten des Senats, die infolge der Einbringung des Gesetzes über die Wahlrechte in Marocco und die Streikbewegung in Barcelona und legte die Bewegung auseinander, die die Regierung zur Verlegung der Cortes veranlaßt hätten. Er gedachte der Besuche des Königs Alfonso in Paris und des Präsidenten Poincaré in Madrid, durch die sich die französisch-spanischen Beziehungen enger gestaltet hätten. Die Politik der gegenwärtigen Regierung ist besetzt, daß die folgenden Regierungen sie nur entweder fortsetzen oder auslöschen könnten. (Zustimmung.) Romanones kündigte ferner ein Gesetz über die Gewissensfreiheit an und sprach von den heute vom Finanzminister eingebrachten Gesetzesentwürfen. Er sprach ferner von der wirtschaftlichen Lage des Landes und erklärte, seit 1909 habe das öffentliche Vermögen um 155 000 000 Pesetas zugenommen. Der Ministerpräsident erwähnte weiter die Annäherung gewisser republikanischer Elemente an die Monarchie und sprach die Hoffnung aus, daß der Tag nahe sei, wo alle demokratischen Ideen im Schoße der Monarchie Platz finden würden. Die Regierung wüßte eine solche Majestät kennen zu lernen und sich nicht mit einer ungenügenden Majorität begnügen. Ich bitte Sie nicht um Ihre Stimmen, sagte Romanones, aber ich wünsche, daß Sie Ihre Haltung klar zu erkennen geben, denn von Ihrer Haltung wird die der Regierung abhängen.“

Der Liberale Bullo brachte darauf eine Tagesordnung ein, in der der Regierung das Vertrauen ausgesprochen wird. General Zaragoza befragte diese Tagesordnung, da die Konföderation die Gründe aus denen die Regierung die Cortes für so lange Zeit verlegt habe, nicht anerkennen könnten. Adalberto (Republikaner) erklärte, daß seine Partei sich der Abstimmung enthalten werde.

Die Abstimmung ergab, wie jetzt festgestellt ist, ein Resultat von 106 Stimmen gegen und von 103 Stimmen für die liberale Tagesordnung. Nachdem das Ergebnis bekannt geworden war, erlaubte eine außerordentliche Bewegung im Saal, und der Wahlkreis wurde durch den König bestätigt. Die Ruhe wieder herzustellen. Die Anhänger des Ministerpräsidenten brachten Gedeule auf den König und Romanones aus. Schließlich

Kurze Chronik.

Der Zentralausfluß der Reichsbank hat heute den Höchststand des Inkassos um 1/2 Prozent auf 5 1/2 Prozent erreicht.

Der Kassabauer Millionär Gerardo Montes und der Major Vergalano, die als Monarchisten verhaftet worden waren, sind heute freigelassen worden.

Wegen Kohlenmangels haben mehrere russische Eisenbahngesellschaften um freie Einfuhr von Kohle nach Rußland die russische Regierung nachgesucht. Der Verkehrsminister hat ihr Ansuchen als berechtigt anerkannt.

Näheres im Text des Blattes.

berlich Romanones mit seinen Anhängern den Saal, und die Sitzung wurde geschlossen.

Angola.

Verbindung Kameruns mit Deutsch-Südwestafrika.

Wieder einmal ist davon die Rede, daß der große Kolonialreich Portugals in Afrika zwischen Deutsch-Südwestafrika und England aufgeteilt werden soll. Wenn Portugal sich dazu verließen wird, sich dieses Gebiet zu unterwerfen, ist einsteuern noch ganz ungenügend. Deutsch und England zerlegen aber vorderhand das portugiesische Afrika in „Unternehmensphären“. Dabei kommt das an der Westküste Afrikas gelegene Angola auf Deutsch-Südwestafrika.

Wie wir hören, wird deutsch bereits mit einer Erweiterung dieses Gebietes, das man vorläufig wirtschaftlich durchdringen will, schon fast zagen geredet. Auf deutscher Seite besteht der Plan, Kamerun und Deutsch-Südwestafrika zu einem zusammenhängenden Besitz zu vereinigen, und dazu ist Angola unumgänglich notwendig. Dieser Plan schwebte auch Herrn v. Riberlen-Waechter vor, als er sich mit Frankreich über Marocco auszusenden wollte und dabei für Deutschland französisches Marocco verlangte. Deutsch hat nur einen Teil dieses Gebietes erhalten, aber durch die Erwerbung von Kamerun glaubt Herr v. Riberlen-Waechter, einen bedeutungsvollen Schritt auf dem Wege zur Vereinigung Kameruns mit Deutsch-Südwestafrika getan zu haben.

Der weitere Weg zu diesem Ziel führt durch Angola. Es handelt sich hier um koloniale Zukunftsmusik. Die geplante Vereinigung Kameruns mit Deutsch-Südwestafrika kann demnächst Wirklichkeit werden, aber bis es soweit ist, wird noch viel Zeit vergehen und noch wird viel Arbeit und besonders auch „viele Teufel“ aufgewendet werden müssen.

Die Wahlen in Italien.

(Telegraphische Berichte.)

Rom, 27. Oktober.

Bis um 12 Uhr morgens lagen die Ergebnisse aus 69 Wahlkreisen vor. In diesen sind 88 Ministerielle, 7 verfassungstreue Oppositionelle, 2 Radikale, 1 Katholik, 4 Republikaner, 8 offizielle Sozialisten, 3 reformierte Sozialisten gewählt. In sechs Wahlkreisen ist eine Stichwahl nötig. Unter den Gewählten befinden sich Kolonialminister Bertolini, Finanzminister Facta, die Unterstaatssekretäre Cellini und Simati, der frühere Minister Fusinato, der bisherige Kammerpräsident Marcora, ferner Sonnino, Santandra, Rasi und der Sozialist Mijoffati.

Rom, 27. Oktober.

Bis um 5 Uhr morgens lagen die Ergebnisse aus 126 Wahlkreisen vor. In diesen sind 72 Ministerielle, 2 verfassungstreue Oppositionelle, 3 Radikale, 3 Katholiken, 8 Republikaner, 11 offizielle Sozialisten, 6 reformierte Sozialisten gewählt worden. In 18 Wahlkreisen ist eine Stichwahl erforderlich. Unter den Gewählten befinden sich die Unterstaatssekretäre Capolla und De Ceta.

Rom, 27. Oktober.

In Ruvo (Provinz Bari) kam es zu Ausschreitungen, und ein 14-jähriger Knabe wurde durch Feuer verbrannt. Der „Popolo Romano“ glaubt, daß von den 608 Mandaten 400 gleich im ersten Wahlgang entfallen werden dürften. Die Minister Giolitti, Sinocchiaro, Zedeco, Sacchi sind wiedergewählt. In Rom sind der Ministerielle Guido Bacelli und der Republikaner Borgia wiedergewählt worden.

Brandenburgischer Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei.

Der Brandenburgische Provinzialverband der Fortschrittlichen Volkspartei hielt im „Königsloft“ seinen ordentlichen Parteitag ab. Landtagsabgeordneter Kommerzienrat Hell-Brandenburg eröffnete die außerordentlich reichhaltige Tagung mit herzlichen Worten der Begrüßung. Der Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr, den Bericht der Landtagsabgeordneten und Reichstagsabgeordneten sowie über den Stand der Organisationen erstattete Parteisekretär Eibel. Der Provinzialverband zählt jetzt 102 Organisationen mit 14 630 organisierten Mitgliedern. In der Diskussion kam der Wunsch zum Ausdruck, künftig regelmäßig mit der Auffstellung der Kandidaturen zu beginnen und eine sich alljährlich wiederholende Agitationsarbeit in die Wege zu leiten. Es wird jedoch beschlossen, den Antrag des Wahlvereins Niederbarnim „Die Schaffung einer Halbmonatsfrist dem Vorstand zur Erledigung zu überweisen. Ferner soll, sobald die finanziellen Mittel fällig sind, ein zweiter Parteisekretär angestellt werden. Der Fortschrittliche Verein „Neu-Charlottenburg“ verlangt in einem Antrag, den Vereinen zu empfehlen, einen jährlichen Beitrag von 4 Mark zu erheben. Dabei soll die Parteizentrale die Provinzialfeste sowie der Provinzialverband gefeiert werden, während 200 Mark der Vereinen zur Befriedigung ihrer örtlichen Bedürfnisse verbleiben soll. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Dann sprach Landtagsabgeordneter Landgerichtsdirektor Ranzow über die politische Lage. Weiter wurde der Antrag angenommen, daß 1. entsprechend dem § 5 des Wahlgesetzes für den nordbrandenburgischen Reichstag eine Vermehrung der Zahl der Abgeordneten für den Reichstag durchgeführt wird; 2. unbeschadet der Forderung einer gründlichen Wahlreform für das preussische Abgeordnetenhaus wenigstens die größten Ungerechtigkeiten in der Vertretung der vollreifen Wahlkreise abgestellt werden. Der geschäftsführende Ausschuss legte dann den Entwurf der neuen Verbandsfassungen vor, der angenommen wurde.

Zugzusammenstoß in Potsdam.

Fünf Personen verletzt.

Infolge zu früher Freigabe des Einfahrtsignals ist in der vergangenen Nacht um 12 Uhr 30 Minuten auf dem Bahnhof Potsdam der Güterzug 6040 auf den noch im Bahnhof gehaltenen Personenzug 400 aufgefahren. Die letzten drei Wagen des Personenzuges entgleisten, wurden teilweise ineinandergefahren und nicht unerheblich beschädigt. Ebenso sind zwei Wagen des Güterzuges entgleist sowie noch einige andere Güterwagen gering beschädigt worden.

Schwer verletzt sind der Wizenadmeiter Seidel von der 6. Batterie des Feldartillerieregiments Nr. 3, Brandenburg, Kopf- und Unterarmverletzung, der Trompeter Schreiber von der 4. Batterie desselben Regiments, Unterarmverletzung sowie Gefährdeter Berliner Stadtkommandeur, der auf dem Durchgang durch den Berliner Stadtkommandeur Zug stand auf dem ersten Hauptgleis. Als das Hauptgleis Richtung Berlin-Magdeburg am Bahnsteig waren bis etwa 1 1/2 Uhr vormittags gesperrt. Der Betrieb ist nicht gestört, da die Züge über das Bahnhofsgleis Richtung Magdeburg-Berlin und über das Heberholungsgleis geleitet werden.

Die vorläufige Unterlegung

hatte folgendes Ergebnis: Der 12 Uhr 18 Minuten fahrende Zug in Potsdam angekommenen Personenzug 400 (Berlin-Magdeburg) hatte in Potsdam einen längeren Aufenthalt, da er auf dem Weichensack des Berliner Stadtkommandeurs, der auf dem Durchgang durch den Berliner Stadtkommandeur Zug stand auf dem ersten Hauptgleis. Als das Hauptgleis Richtung Berlin-Magdeburg am Bahnsteig waren bis etwa 1 1/2 Uhr vormittags gesperrt. Der Betrieb ist nicht gestört, da die Züge über das Bahnhofsgleis Richtung Magdeburg-Berlin und über das Heberholungsgleis geleitet werden.

Meimar, 27. Oktober.

Heute morgen fuhr zwischen Ober-Weimar und dem Waldschloß die Maschine eines Arbeitszuges auf die des Personenzuges 402 auf. Die Puffer der beiden Maschinen wurden gant abgedrückt. Ein Güterwagen wurde getrimmert und schob sich in den Gepäckwagen, der seinerseits wieder ein Weite dritter Klasse des hinter ihm laufenden Personenzuges trennte. Wie die Weimarerische Zeitung meldet, wurden zwei Reisende und ein Schaffner verletzt, jedoch nicht lebensgefährlich. Ein Hilfszug brachte die Verwundeten nach Weimar.

21000 Aerzte gegen die Krankenkassen.

Außerordentlicher Deutscher Aerzetag.

Unter allgemein zahlreicher Beteiligung von Aerzten aus allen Teilen des Reiches trat gestern im Kaiserfeste des Gläubigen „Rheingold“ (Wellestraße) in Berlin ein vom Deutschen Aerzereisungsverband einberuener außerordentlicher Aerzetag zusammen, um den Streitigkeiten zwischen den Aerzten und Krankenkassenverbänden Stellung zu geben. Es waren 458 Delegierte von 884 Aerzereisungen anwesend, die 21 207 Stimmen vertraten.

Der Fortschritt des Deutschen Aerzereisungsverbandes.

Sanitätsrat Dr. Dippe (Leipzig) schickte in eingehender Weise die Verhandlungen einer Aerzereisungsversammlung mit dem Vorstand des Betriebskrankensassenverbandes. Die anwesenden Aerzte widerlegten die Behauptung, als solle mit dem Jahre 1914 mit allen Mitteln die freie Krankwahl erzwungen werden. Wenn auch die allgemeine Durchführung der freien Krankwahl eines der Ziele der deutschen Aerzte sei und stets bleiben werde, so wolle man vorläufig darauf verzichten, in der letzten Lebenszeit, daß die freie Krankwahl kommen müsse trotz aller Widerstände. Sie werde kommen als Notwendigkeit aus den Verhältnissen heraus. Es wurde ferner über die Beziehung der Aerzte verhandelt. Es wurde ausdrücklich festgestellt, daß die Aerzte seien bereit, die Krankwahlbestimmung der Krankenkassen, die auf die Eingelassenen etwa 150 Mark für den Bezirk und 1 Mark für die Beratung in der Versammlung käme. Allein alle Verträge der Aerzte wurden abgelehnt und die Verhandlungen abgebrochen. Trotzdem gingen die Aerzte in einer weiteren Verhandlung, in der Hoffnung auf einen dauernden Frieden.

Bis an die Grenze des Entgegenkommens.

Wir bezeichneten den Rassenherren dementsprechend, so fuhr der Redner fort, diesen Entwurf als das A u s e r s e i e, was wir verlangen müßten und zugestehen können. Der Betriebskrankensassenverband beschloß jedoch, im Einvernehmen mit den anderen Rassenverbänden, unseren Vertretungen abzulehnen.

Jetzt geht es um die Macht. Die Rassenverbände wollen keinen freien Krankwahl, sie wollen nicht mit uns gemeinsam an dem großen Werke der Krankenversicherung arbeiten, sie wollen unsere Organisation ge-